

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Freitag, 18.05.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU

Mitglieder

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Vertretung für: Herrn Dr. Dr. Wolfgang Büchs

Herr Dennis Scholze - SPD

Vertretung für: Frau Simone Wilimzig-Wilke

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Annette Schütze - SPD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Vertretung für: Frau Gisela Ohnesorge

Frau Anneke vom Hofe - AfD

weitere Mitglieder

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel -

Frau Edith Grumbach-Raasch -

Frau Sigrid Herrmann -

Frau Antje Maul -

Herr Björn Walter - Stadtheimatspfleger

Verwaltung

Frau Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV

Herr Dr. Malorny - FBL 41

Herr Dr. Peter Joch - RefL 0413

Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414

Protokollführung

Herr Daniel Kösters - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS	entschuldigt
Frau Anke Kaphammel - CDU	entschuldigt
Frau Antje Keller - CDU	abwesend
Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.	entschuldigt
Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD	entschuldigt
Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2	abwesend
Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Dr. Volker Eckhardt	entschuldigt
Herr Mirco Hanker -	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.03.2018	
3	Mitteilungen	
3.1	Zuwendungen zur Projektförderung bis 5.000 € im 1. Halbjahr 2018	18-08080
3.2	"halle 267 - städtische galerie braunschweig" - Evaluation der ersten Ausstellung	18-07888
3.3	Neufassung der Schulordnung der Städtischen Musikschule	18-07729
3.4	Konzept zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung an die Euthanasieopfer in Braunschweig	18-08160
3.5	"Garten der Erinnerung": Beginn der Umsetzungsarbeiten	18-08009
3.6	Soziokulturelles Zentrum: Aktueller Stand der Bauarbeiten	18-08131
3.7	Vorstellung des weiteren Verfahrens zur Erstellung einer Kulturentwicklungsplanung (mündlich)	
3.8	Ausstellung im Städtischen Museum anlässlich des Projektes "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" (mündlich)	
4	Anträge	
4.1	Ausländerfriedhof und Ehrenmale angemessen gestalten	18-07662
4.1.1	Änderungsantrag: Ausländerfriedhof und Ehrenmale angemessen gestalten	18-08280

4.2	Münzstempel und Petschafte im Altstadtrathaus erlebbarer machen!	18-08136
4.2.1	Münzstempel und Petschafte im Altstadtrathaus erlebbarer machen!	18-08136-01
5	Zuwendungen zur Projektförderung über 5.000 € im 1. Halbjahr 2018	18-08079
6	Konzept zur stadtweiten Einführung von Bücherschränken in Braunschweig	18-08216
7	Übertragung der Trägerschaft für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße und das Schill-Denkmal auf den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. und Einräumung eines Erbbau-rechts	18-08215
8	Anfragen	
8.1	Erinnerungspartnerschaft Braunschweig - Aiseau-Presles Anfrage der BIBS-Fraktion	18-08137
8.2	Mitteilungen zur Quadriga auf der Homepage der Stadt Anfrage der BIBS-Fraktion	18-08138
8.2.1	Mitteilungen zur Quadriga auf der Homepage der Stadt	18-08138-01
8.3	Staatstheater Braunschweig Anfrage der SPD-Fraktion	18-08139
8.3.1	Staatstheater Braunschweig	18-08139-01

Nichtöffentlicher Teil:

- 9 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 10 Mitteilungen
- 10.1 Überarbeitung der Förderrichtlinien für den Fachbereich Kultur:
Mögliche Besetzung der Arbeitsgruppe (mündlich)
- 11 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende stellt zu Beginn der Sitzung fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.03.2018

Beschluss:

"Das Protokoll wird genehmigt."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 5 Nein: 0 Enth.: 5

3. Mitteilungen

- 3.1. Zuwendungen zur Projektförderung bis 5.000 € im 1. Halbjahr 2018** **18-08080**

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- 3.2. "halle 267 - städtische galerie braunschweig" - Evaluation der ersten Ausstellung** **18-07888**

Frau Dr. Hesse ergänzt, dass am 14.06.2018 die Eröffnung der Ausstellung "Bjørn Melhus - OUT OF SASNAK" stattfindet.

Auf Nachfrage erläutert Frau Dr. Hesse, dass es nur geringe Freiräume zwischen den einzelnen Ausstellungszeiten gäbe; diese seien für den jeweiligen Ab- und Aufbau der Ausstellungen erforderlich. Ergänzend weist sie daraufhin, dass die Planungen für die halle267 bereits bis Ende 2019 abgeschlossen seien.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- 3.3. Neufassung der Schulordnung der Städtischen Musikschule** **18-07729**

Frau Dr. Hesse skizziert kurz die wesentlichen Neuerungen. Insbesondere weist sie auf den Aspekt hin, dass es nicht mehr möglich sein werde, mit der Neuanmeldung einer Schülerin/eines Schülers eine bestimmte "Wunschlehrkraft" auszuwählen.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- 3.4. Konzept zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung an die Euthanasieopfer in Braunschweig** **18-08160**

Frau Dr. Hesse weist auf den ehemals formulierten Wunsch des Ausschusses nach einem Konzept zu der Behandlung der Thematik "Euthanasie" hin. Es habe zwischenzeitlich zwei Initiativen gegeben, die sich bereits dieses Themas angenommen hätten. Jedoch sei nach wie vor Raum für weitere Projekte, die noch erforscht werden müssten.

Frau Dr. Boldt-Stülz bach ergänzt die Ausführungen und skizziert kurz die geplante Vorgehensweise. Das abschließende Konzept werde den Ratsgremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ratsherr Flake hält die Überlegungen für breit aufgestellt und nachhaltig.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- 3.5. "Garten der Erinnerung": Beginn der Umsetzungsarbeiten** **18-08009**

Ratsherr Rosenbaum erkundigt sich nach dem Stand des Denkmals in Aiseau-Presles und ob die Stadt bereits die erbetenen Logos nach Belgien versendet habe. Die Verwaltung sagt zu, sich nach dem Stand in dieser Thematik zu erkundigen.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Mit dieser Mitteilung wurde auch die Anfrage 18-08137 beantwortet.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.7. Vorstellung des weiteren Verfahrens zur Erstellung einer Kulturentwicklungsplanung (mündlich)

Frau Dr. Hesse stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das von der Verwaltung vorgesehene Verfahren zur Kulturentwicklungsplanung vor: Die Entwicklung eines Kulturentwicklungsplans (KEP) solle in mehreren Phasen stattfinden. Als einen wesentlichen Schritt werde die Verwaltung einen Beirat einrichten, der die Prozesse begleiten und evaluieren werde. Zudem seien zwei Kulturumfragen in Form einer Bürger- und einer Fach- und Führungskräftebefragung geplant. Unter Bezugnahme auf die Vorstellung der Kulturentwicklungsplanung der Stadt Düsseldorf im letzten Ausschuss im März berichtet Frau Dr. Hesse, dass die im Haushaltsplan 2018 eingerichtete Stelle für kulturelle Grundsatzfragen mit der KEP-Koordination betraut werden solle, um so einen kontinuierlichen Ansprechpartner zum KEP zu installieren.

Der Ausschussvorsitzende positioniert sich positiv zu dem geäußerten Vorgehen.

Ratsfrau Dr. Flake sieht die Durchführung der Umfragen als Startpunkt kritisch, da hierdurch bereits zu einem frühen Zeitpunkt ggf. falsche Schwerpunkte gesetzt werden könnten. Hierzu wird entgegnet, dass zunächst ein Grundsatzbeschluss für den KEP eingeholt werde, danach erfolge der Beschluss über die für die Umfragen notwendigen Erhebungssatzungen. Wenn dies erfolgt sei, beginne die eigentliche Arbeit am KEP. Erst danach würden die Umfragen gestartet. Die Auswertung sei erst im Rahmen des KEP vorgesehen. Frau Dr. Hesse avisiert, dass die Fragebögen zu den Umfragen als Anlage der Vorlage über die Erhebungssatzungen beigelegt würden.

Auf Nachfrage erläutert Frau Dr. Hesse, dass als Multiplikatoren die Kulturpolitik und Kulturschaffende einbezogen werden sollen. Als wesentlich würden in dem Partizipationsprozess vor allem der Beirat und die Workshops zu sehen sein. Hinsichtlich der Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund wird dargelegt, dass dies ein wichtiges Thema sein werde.

Ratsherr Flake erklärt, dass er den jetzigen Entwicklungen offen und positiv gegenüberstehe.

Ratsfrau Schütze bittet zur nächsten Sitzung um ein Schaubild zur Veranschaulichung der Prozesse und der nächsten Schritte im Verfahren. Die Verwaltung sagt dies zu.

Auf Nachfrage, ob das Leistungsverzeichnis für die externe Agentur durch die Politik bzw. den Beirat beschlossen würde, und ob dies nicht schon jetzt erfolgen könne, erwidert Frau Dr. Hesse, dass zunächst der Verwaltung ein Grundmandat für den KEP erteilt werden müsste; in einem nächsten Schritt könne die Verwaltung den Beschluss über die Ausschreibung vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Die mündliche Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.8. Ausstellung im Städtischen Museum anlässlich des Projektes "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" (mündlich)

Herr Dr. Joch stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die geplante Ausstellung anlässlich des Projektes "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" vor. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Die Ausstellungseröffnung ist für den 03.10.2018 geplant. Die Präsentation wird von den Ausschussmitgliedern positiv zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die mündliche Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.9 Mündliche Mitteilung zur Matheolympiade

Frau Dr. Hesse berichtet, dass für die Matheolympiade der Ricarda-Huch-Schule ein wichtiger Sponsor abgesagt habe. Durch eine Kooperation mit dem Fachbereich Kultur konnte die Finanzierung jedoch gesichert werden.

3.10 Neuer Vorfall an der Gedenkstätte Schillstraße

Frau Dr. Hesse berichtet, dass es in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai 2018 zu neuerlichen Beschmutzungen an der Gedenkstätte Schillstraße gekommen sei. Diese konnten jedoch schnell beseitigt werden.

3.11 Reparaturmaßnahmen Schlossmuseum

Frau Dr. Hesse informiert darüber, dass im Schlossmuseum eine Sanierung der Kälteleitungen notwendig sei.

3.12 Sammlung Uckermann

In Bezug auf die Sammlung zur Pantherwerke AG von Herrn Uckermann sei ein Treffen zwischen Herrn Uckermann und Frau Dr. Hesse für den 06.06.2018 vereinbart worden, ein Bericht der Ergebnisse erfolge in der nächsten Ausschusssitzung.

4. Anträge**4.1. Ausländerfriedhof und Ehrenmale angemessen gestalten 18-07662****Abstimmungsergebnis:**

Verweis auf den Änderungsantrag 18-08280

4.1.1. Änderungsantrag: Ausländerfriedhof und Ehrenmale angemessen gestalten 18-08280

Ratsherr Sommerfeld bringt den Änderungsantrag für seine Fraktion ein und merkt an, dass dieser den Ursprungsantrag 18-07662 ersetze und skizziert die Genese des bisherigen Prozesses.

Im Rahmen von Gesprächen mit den einzelnen Fraktionen sei entschieden worden, auch den AfKW mit in die Gremienfolge aufzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende stellt nach kurzer Diskussion folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Beschluss:

"Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung des AfKW zurückgestellt."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Der Ausschussvorsitzende bittet abschließend darum, dass die Einladung zu einem Ortstermin auch an den AfKW kommuniziert werde.

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept über eine angemessene Gestaltung des Ausländerfriedhofes zu erarbeiten und dem Rat möglichst bis zum Ende des Jahres 2018 zur

Beschlussfassung vorzulegen. Das Konzept soll insbesondere folgende Bestandteile enthalten:

1. Für jeden Menschen, der auf dem Ausländerfriedhof bestattet wurde und von dem bekannt ist, wo er bestattet wurde, sollte nach Möglichkeit ein einzelnes Grab mit einem Grabstein oder Grabkreuz errichtet werden, soweit nicht bereits vorhanden. Falls dies nicht möglich ist, soll jeder Mensch, der dort bestattet wurde, zumindest namentlich erwähnt werden, sofern er in den Totenbüchern erfasst ist.
2. Insbesondere das sowjetische, ggf. aber auch das polnische und ukrainische Ehrenmal sind so zu sanieren, dass der ursprüngliche Zustand möglichst wiederhergestellt wird.
3. Auf dem Ausländerfriedhof soll eine Erinnerungstafel aufgestellt werden, die sich mit seiner Historie befasst.
4. Bei der Erstellung des Konzeptes sind die Braunschweiger Gedenkstätte Friedenskapelle, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu beteiligen. Die russische, polnische und ukrainische Botschaft sollen über die Umgestaltung informiert und falls der Wunsch besteht, ebenfalls beteiligt werden.

Es wurde folgender Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht:

Beschluss:

"Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung des AfKW zurückgestellt."

Abstimmungsergebnis zum Antrag zur Geschäftsordnung:

einstimmig

4.2. Münzstempel und Petschafte im Altstadtrathaus erlebbarer machen!

18-08136

Der Ausschussvorsitzende bringt den Antrag für die CDU-Fraktion ein.

Frau Dr. Hesse verweist auf die unter TOP 4.2.1 vorab versendete Stellungnahme der Verwaltung. Sie weist darauf hin, dass die Münzstempel und Petschafte auf kleinstem Raum untergebracht werden müssten. Es wären entsprechende Anschaffungen zu tätigen und die Kosten hierfür zunächst abzuschätzen.

Ratsfrau Seiffert schlägt vor, die Abdrücke in kleinerem Rahmen (z. B. in einem Buch) zu präsentieren. Ratsfrau Schütze benennt die Option, Sponsoren anzusprechen.

Der Ausschussvorsitzende zieht den Antrag nach der Diskussion zurück.

Beschluss:

Die in der Dauerausstellung des Städtischen Museums im Altstadtrathaus gezeigten rund 350 Münzstempel und Petschafte werden durch positive Abdrücke ergänzt, gegebenenfalls erfolgt dieses abschnittsweise. Zusätzlich erfolgt eine tiefergehende Erklärung der Bedeutung sowie der Einsatzgebiete der Münzstempel und Petschafte.

Abstimmungsergebnis:

Antrag wurde zurückgezogen.

4.2.1. Münzstempel und Petschafte im Altstadtrathaus erlebbarer machen!

18-08136-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

5. Zuwendungen zur Projektförderung über 5.000 € im 1. Halbjahr 2018

18-08079

Beschluss:

Den Projektförderanträgen wird entsprechend den in Anlage 2 und Anlage 3 aufgeführten Einzelabstimmungsergebnissen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt die Abstimmung über die Gesamtvorlage.

Ja: 9 Nein: 0 Enth.: 0

6. Konzept zur stadtweiten Einführung von Bücherschränken in Braunschweig

18-08216

Frau Dr. Hesse führt in die Vorlage ein. Der Verwaltung sei es wichtig gewesen, alle Fakten und Aufgaben, die mit der Bücherschränkaufstellung verbunden sind, darzulegen.

Ratsfrau Dr. Flake bittet darum, bei der Aufstellung von neuen Bücherschränken die bereits existierenden, privaten Initiativen (Haus der Kulturen, KPW, Brunsviga) mitzubedenken.

Ratsherr Sommerfeld kritisiert, dass die Stadtbezirksräte die Kosten für die Aufstellung der Bücherschränke zu tragen hätten, sie aber bei der Entscheidung über das Konzept nicht einbezogen würden. Hierzu wird mitgeteilt, dass eine Beteiligung der Stadtbezirksräte kommunalrechtlich keine Verpflichtung bestehe und die Beschlüsse der Stadtbezirksräte nur als Vorschläge gälten. **Ratsherr Sommerfeld beantragt die Zurückstellung der Vorlage und die Beteiligung der Stadtbezirksräte. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.**

Ratsherr Flake berichtet von den Erfahrungen aus der Bezirksbürgermeisterkonferenz und den teils divergierenden Ansichten und Vorstellungen zu dem Projekt. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, ein gesamtstädtisches Konzept zu entwickeln, nach welchem die Verwaltung die Vorschläge der Stadtbezirksräte abarbeiten könne. Dies bedeute auch eine Erleichterung für die Stadtbezirksräte.

Frau Dr. Hesse weist darauf hin, dass die Stadtbezirksräte bereits jetzt die Kosten für den Erwerb und die Aufstellung zu tragen hätten, es insoweit keine Neuerung gäbe. Als wesentliche Erleichterung für die Stadtbezirksräte führt sie an, dass die Stadt nunmehr die Verkehrssicherungspflicht für die Bücherschränke übernehme. Hr. Dr. Malorny erläutert die Rechtsfolgen der erforderlichen Übernahme der Verkehrssicherungspflicht für die Stadt. Diese Pflicht habe zukünftig der Fachbereich Kultur zu bearbeiten. Er erläutert die Notwendigkeit der Zurverfügungstellung der Ressourcen vor dem Hintergrund der sonstigen Aufgaben der Kulturverwaltung.

Der Ausschussvorsitzende stimmt dem Konzeptvorschlag grundsätzlich zu, sieht aber eine Aufstockung des Personals kritisch. Dieser Ansicht schließt sich auch Ratsfrau Dr. Flake an. Die Verwaltung verdeutlicht über die Vorlage hinaus noch einmal den Bedarf an zusätzlichem Personal.

Der Ausschussvorsitzende beantragt getrennte Abstimmung der Ziffern unter 1.

Beschluss:

1. Dem von der Verwaltung vorgelegten Konzept zur stadtweiten Einführung von Bücherschränken in Braunschweig wird zugestimmt.

Im Einzelnen sollen dabei die unter 1 a.-e. aufgeführten Parameter Anwendung finden:

- a. Das in der *Anlage 2* beigefügte einheitliche Bücherschränckmodell soll stadtweit zum Einsatz kommen.

- b. Die Kosten für die Herstellung und den Transport in Höhe von derzeit 3.800 € übernehmen die jeweiligen Stadtbezirksräte.
 - c. Der Verwaltung obliegen die vorbereitenden Maßnahmen inkl. Prüfung eines Aufstellungsortes, die Beschaffung und Aufstellung der Bücherschränke.
 - d. Die Stadtbezirksräte erklären sich bereit, Personen oder Institutionen zu benennen, die als Paten die inhaltliche Kontrolle der in die Bücherschränke eingebrachten Bücher, Zeitschriften etc. übernehmen.
 - e. Die Verwaltung wird beauftragt, die Unterhaltung sowie die Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht zu gewährleisten und die dafür erforderlichen Personalressourcen im Umfang von 0,5 Stellen vorzuhalten.
2. Zur Durchführung des unter 1. beschlossenen Konzeptes, insbesondere zur Sicherstellung der Gewährleistung der Übernahme der Verkehrssicherungspflicht, wird die Verwaltung mit den erforderlichen finanziellen Ressourcen ausgestattet:

Während die Anschaffung den Stadtbezirksräten obliegt, werden die laufenden Unterhaltungskosten nicht aus den Budgets der Stadtbezirksräte bestritten, da es sich bei den Bücherschränken um öffentliches Mobiliar, analog zu Sitzgelegenheiten wie Bänken etc., handelt, für die die Verwaltung eine Unterhaltungspflicht besitzt. Zur Sicherstellung dieser Unterhaltungskosten wird die Verwaltung beauftragt, in das Budget des Fachbereichs Kultur Mittel in Höhe von jährlich 5.000 € ab dem Haushalt 2019 einzustellen. Der Unterhaltungsetat wird dem zukünftigen Unterhaltungsbedarf in den Haushaltsjahren jeweils angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Es wurde getrennte Abstimmung der Ziff. 1. a) bis e) sowie der Ziff. 2. beantragt:

Ziff. 1. a): Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 2
 Ziff. 1. b): Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 2
 Ziff. 1. c): Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 2
 Ziff. 1. d): Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 2
 Ziff. 1. e): Ja: 6 Nein: 0 Enth.: 4

Ziff. 2.: Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 2

7. Übertragung der Trägerschaft für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße und das Schill-Denkmal auf den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. und Einräumung eines Erbbaurechts 18-08215

Frau Dr. Hesse führt in die Vorlage ein: Als wesentliche Gründe für die Übertragung der Trägerschaft der Gedenkstätte Schillstraße auf den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. werden zunächst die historische Aufarbeitung des ehemaligen KZ-Außenlagers, des Schill-Denkmal sowie die damit verbundene Neuweiheung des Denkmals 1955 benannt. Zudem wird festgehalten, dass durch diese Übertragung dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. die Möglichkeit gegeben werde, umfassende Drittmittelakquise zu betreiben. Dies sei für eine Gedenkstätte in staatlicher Trägerschaft nicht möglich. Überdies erlaube das seinerzeit verabschiedete Gedenkstättenkonzept eine Fortschreibung.

Ratsherr Flake stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu und hält den Arbeitskreis Andere Geschichte aufgrund der 20-jährigen Erfahrung im Bereich der Erinnerungsarbeit in der Gedenkstätte Schillstraße für sehr geeignet, sich der neuen Aufgabe anzunehmen.

Auf Nachfrage, wer die Kosten dafür übernehme, wenn es zu neuerlichen „Überfällen“ auf die Gedenkstätte käme, wird auf die Ausführungen in der Vorlage unter Beschlusspunkt 5. verwiesen, dass sämtliche Mehrkosten durch die Stadt zu tragen wären.

Auf Nachfrage, warum es erforderlich sei, dem Arbeitskreis auch das Erbbaurecht einzuräumen und die öffentliche Widmung aufzuheben, wird durch die Verwaltung erläutert, dass mit der Übertragung des Erbbaurechts dem Arbeitskreis die Möglichkeit gegeben werde, sich ggf. auch räumlich zu erweitern. Herr Dr. Malorny ergänzt, dass der Arbeitskreis für die Förderung Dritter von baulichen Maßnahmen auf dem Grundstück eigentumsähnliche Rechte benötige.

Ratsherr Sommerfeld bittet zur Sitzung des FPA resp. des VA um eine Darstellung des Umfangs der Förderkulisse, die der Arbeitskreis durch die Übertragung der Trägerschaft akquirieren könne. Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass es für eine solche Darstellung keine konkreten Bezugsgrößen gäbe. Insbesondere könne nicht abgeschätzt werden, welche Förderhöhe ggf. durch Drittmittelakquise erzielt werden könnte.

Beschluss:

- 1. In Erweiterung des Beschlusses des Rates aus dem Jahr 1998 (Drs. 1289/98) bietet die Stadt Braunschweig dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. zum Zweck der Übernahme der Gedenkstättenarbeit als eigene Vereinsaufgabe mit Wirkung vom 1. Januar 2019 die Übertragung der Trägerschaft der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig-Schillstraße und des Schill-Denkmal an.**
- 2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den für die Übertragung der Trägerschaft notwendigen Erbbaurechtsvertrag über die gesamte Grünfläche (Anlage 1) mit dem darauf befindlichen Invalidenhaus und dem Schill-Denkmal, basierend auf dem in Anlage 2 beigefügten Vertragsentwurf, mit dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. zu verhandeln und abzuschließen.**
- 3. Die Widmung der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße als öffentliche Einrichtung der Stadt wird mit Wirksamwerden des Erbbaurechtsvertrages zum 1. Januar 2019 aufgehoben.**
- 4. Nach Übernahme der eigenverantwortlichen Gedenkstättenarbeit durch den Verein soll zukünftig auch die inhaltliche und pädagogische Vermittlung zu weiteren Themenstellungen ermöglicht werden. Hier kommt insbesondere die Bedeutung der Außenanlage als Resonanzraum unterschiedlicher historischer Schichten mit den Konnotationen zu dem Denkmal für Ferdinand von Schill, dem Aspekt des Gedenkens an die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges und die integralen architektonischen Außenelemente des Gesamtgedenkortes (Tafelwand, Podest, Leuchtschriftwand und Rahmen des archäologischen Befundes) in Betracht. Die inhaltliche Verknüpfung der genannten Themenkreise soll historisch fundiert entwickelt werden.**
- 5.**
 - a. Alle dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. durch die Übernahme der Trägerschaft und dem von der Stadt gewünschten Ausbau der Arbeit mit jungen Menschen und Schulen sowie der Forschungs- und Vermittlungsaufgaben entstehenden (auch personalen) Mehrkosten sind durch entsprechende Erhöhung der Kontinuitätsförderung durch die Stadt Braunschweig auszugleichen. Daher wird die Verwaltung gebeten, den entsprechenden Haushaltsansatz für das Haushaltsjahr 2019 um 70.000 € zu erhöhen.**
 - b. Die finanziellen Erfordernisse für die laufende Bauunterhaltung, die nicht zur laufenden Bauunterhaltung zählenden Sanierungs-/Instandsetzungskosten sowie zukünftige Straßenausbaubeiträge und grundstücksbezogene Gebühren und Beiträge sind jährlich in Abstimmung zwischen dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. und der Verwaltung zu ermitteln und als zusätzlicher Förderbetrag im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes zu berücksichtigen.**

c. Für die vertiefte konzeptionelle Vermittlungsarbeit der unter Punkt 4 genannten Themenkreise wird dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. einmalig ein Betrag von 20.000 € für die Beauftragung einer wissenschaftlichen Expertise als Grundlage der zukünftigen Gedenkstättenarbeit zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird gebeten, diese Mittel im Haushalt 2019 einmalig anzumelden.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erinnerungsarbeit für die Gedenkstätte und das Schill-Denkmal zusammen mit dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. jährlich zu evaluieren. Um die Evaluierung gesellschaftlich bestmöglich zu begleiten, wird die Verwaltung beauftragt, einen Beirat mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft einzuberufen. Über die aus dieser Evaluierung ermittelten Anpassungs- und Entwicklungserfordernisse in der Gedenkstättenarbeit hat die Verwaltung dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft jährlich zu berichten. Diese jährlichen Berichte haben Vorschläge zu Finanzierungsfragen für zukünftige Haushaltsaufstellungen zu enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 1

Ratsherr Sommerfeld erklärt, an der Abstimmung nicht teilzunehmen.

8. Anfragen

8.1. Erinnerungspartnerschaft Braunschweig - Aiseau-Presles 18-08137
Anfrage der BIBS-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Mitteilung Nr. 18-08009

8.2. Mitteilungen zur Quadriga auf der Homepage der Stadt 18-08138
Anfrage der BIBS-Fraktion

Ratsherr Rosenbaum bringt die Anfrage ein.

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 18-08138-01

8.2.1. Mitteilungen zur Quadriga auf der Homepage der Stadt 18-08138-01

Die Beantwortung erfolgt durch Frau Dr. Hesse.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

8.3. Staatstheater Braunschweig 18-08139
Anfrage der SPD-Fraktion

Ratsfrau Seiffert bringt die Anfrage ein.

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 18-08139-01

8.3.1. Staatstheater Braunschweig 18-08139-01

Die Beantwortung erfolgt durch Frau Dr. Hesse.

Nachfragen werden beantwortet. Die Verwaltung sagt eine Klärung beim Staatstheater zu, wie organisatorisch darauf hingewirkt werde, einen Stellenabbau seitens des Staatstheaters zu kompensieren, um eine Arbeitsverdichtung so gering wie möglich zu halten.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfrage von Ratsherrn Rosenbaum

Ratsherr Rosenbaum weist auf seine, bereits im Vorfeld avisierte, mündliche Anfrage zu den Grabungsfunden auf der Baufläche Quartier St. Leonhard hin. Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass diese Anfrage zuständigkeitshalber im PIUA zu stellen sei.

Mündliche Anfrage von Ratsfrau Schütze

Ratsfrau Schütze teilt mit, dass die Lichtskulptur im Museumspark, welche immer das Staatstheater beleuchtet habe, nicht mehr funktioniere. Die Verwaltung sagt zu, diese Information entsprechend weiterzugeben.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 18:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Vollbrecht
Vorsitz

Dr. Hesse
Dez. IV

Kösters
Schriftführung

Begleitende Maßnahmen zum geplanten Stellenabbau am Staatstheater Braunschweig

Gut geschultes und motiviertes Personal ist für ein Theater ein besonders wichtiger Erfolgsfaktor. Das gilt sowohl für die Künstler auf der Bühne wie auch für das technische Personal hinter der Bühne und die Mitarbeiter in der Verwaltung. Deshalb wird das Staatstheater Braunschweig seine Personalentwicklungsmaßnahmen in den nächsten Jahren auch weiter intensivieren.

Gleichzeitig ist es in diesem Zusammenhang notwendig, die Personalstärken bis 2020 um weitere neun Stellen zu reduzieren. Diese Reduktion kann durch natürliche Fluktuation erreicht werden und ist Teil eines größeren Maßnahmenpakets, mit dem das strukturelle Defizit des Theaters aktiv bekämpft werden soll. Um die Arbeitsverdichtung der verbleibenden Mitarbeiter in den Abteilungen so gering wie möglich zu halten, hat die Theaterleitung begleitende organisatorische Maßnahmen beschlossen. Im Einzelnen sind dies:

1) Flexibilisierung der Dienstpläne

Die Dienstpläne der Bühnentechniker im Großen Haus werden aktuell in einem starren System geschrieben. Das heißt Schichtzeiten und -stärken sind fest vorgegeben. Die Schichten verschieben sich im Turnus von einer Woche. Dieses System soll durch freie Diensteinteilungen ersetzt werden. Damit wird es besser möglich sein den tatsächlichen Arbeitsaufwand mit dem zur Verfügung stehenden Personal zu bewältigen, ohne dass es in Spitzenzeiten zu Überlastungen kommt.

2) Technikfreier Tag im Kleinen Haus

Bei der Eröffnung des Kleinen Hauses wurde die Personalstärke aufgrund eines Zweischicht-Systems an sechs Arbeitstagen berechnet. Ein Tag sollte grundsätzlich technikfrei bleiben. Davon ist man im Laufe der Zeit abgerückt ohne aber die Mannschaften im Kleinen Haus entsprechend zu vergrößern. Die Folgen sind hohe Arbeitsverdichtungen und entsprechend hohe Krankenstände. Deshalb soll der technikfreie Tag wieder eingerichtet werden.

3) Einführung eines Proben- und Vorstellungsfreien Montag

Generell sollen künftig an Montagen weder Proben noch Vorstellungen angesetzt werden. Dadurch lassen sich zum einen die tariflichen freien Tage im NV Bühne besser planen, zum anderen gibt es der Technik die Möglichkeit Arbeiten besser zu koordinieren, z.B. Wartungsarbeiten, Technischen Einrichtungen und Beleuchtungsproben, da hierfür stets der ganze Tag zur Verfügung steht und Arbeiten an den Montagen ohne Unterbrechung oder Umbauten von einer auf eine andere Produktion durchgeführt werden können.

Stefan Mehrens

Verwaltungsdirektor